

Cornelia Ruhkemper
Ratsfrau der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Bottrop
Gladbecker Str. 79
46236 Bottrop

Ludwig Ladzinski
Betriebsratsvorsitzender
Bergwerk Prosper-Haniel
Vossundern
46244 Bottrop

An den
Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes
Nordrhein-Westfalen
Dr. Jürgen Rüttgers
Wasserstr. 6

40213 Düsseldorf

**Interview in der Rheinischen Post vom 13.05.2005
Offener Brief**

Sehr geehrter Herr Dr. Rüttgers,

wir schreiben Ihnen heute als politisch Verantwortliche und als Betriebsratsvorsitzender des Bergwerkes Prosper-Haniel sowie als Bürger einer Stadt, in der noch mehr als 6.000 Menschen ihre Arbeit und ihr Einkommen in Betrieben des Bergbaus finden. In einer Stadt mit einer aktuellen Arbeitslosenquote von 15,4 %.

Ihre Äußerungen, Herr Dr. Rüttgers, in dem o. g. Interview mit der Rheinischen Post haben bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bergbaubetriebe in Bottrop Empörung und Verunsicherung ausgelöst.

Empörung darüber, dass Sie den Bestand des Vertragswerkes zur Finanzierung der Kohleförderung in Frage stellen, ja sogar die Existenz bestehender Verträge von Ihrer Unterschrift abhängig machen.

Zitat: „Derzeit wird behauptet, bis 2008 sei alles bereits fest vereinbart und unverrückbar. Das sehe ich nicht so. Ich habe die Verantwortlichen stets gewarnt, sie gingen ein Risiko ein, wenn sie Absprachen nur mit SPD-Ministern und –Regierungschefs treffen, sie haben sich anders entschieden, dass war die Aufkündigung der Kohlefraktion. Mit mir sind keine Verträge geschlossen worden.“

Mit Ihren Äußerungen lassen Sie den Eindruck zu, dass bestehende, von der Landesregierung abgeschlossene Verträge für Sie als derzeitige Opposition disponibel sind, sobald Sie evtl. die Regierungsverantwortung übernommen haben. Mit solchen Aussagen erschüttern Sie nachhaltig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Zuverlässigkeit politischer Entscheidungen und das Vertrauen in Politik generell.

Ebenso unverantwortlich empfinden wir Ihre außerhalb des Interviews in der Rheinischen Post geäußerte Forderung, bis 2010 die Förderung der Steinkohle zu halbieren. Sie gehen dabei davon aus, dass eine solche gravierende Veränderung ohne betriebsbedingte Kündigungen erreicht werden kann.

Eine Halbierung der Kohleförderung bis 2010 ist mit dem bisherigen sozial abgefederten Verfahren nicht zu erreichen. Kündigungen sind unvermeidlich. Die Auswirkungen würden nicht nur die direkt im Bergbau beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfassen, sondern auch die Beschäftigten in der gesamten Wertschöpfungskette der Zuliefer- und Weiterverarbeitungsindustrie.

In unserer Stadt ist der Bergbau nach wie vor der größte private Arbeitgeber. Die bisherige stufenweise Absenkung der Steinkohleförderung stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen und Schwierigkeiten. Mit dieser schrittweisen und sozialverträglichen Form des Anpassungsprozesses im Steinkohlebergbau müssen die Menschen in unserer Stadt umgehen und innerhalb einer planbaren Zukunft ihre Existenzgrundlage erhalten.

Anpassungsprozesse nach Ihren Vorstellungen würden innerhalb kürzester Zeit die Arbeitslosenquoten nachhaltig weit über 20 % ansteigen lassen.

Die Menschen hier vor Ort fragen sich, ob dies Ihre Vorstellungen sind von einer modernen und sozial orientierten Wirtschaftspolitik. Kritischere Charaktere fragen sich darüber hinaus, ob Sie ähnliche Rosskuren auch Ihrer Klientel z.B. aus der Landwirtschaft zumuten würden, was von uns ebenfalls als unsozial abgelehnt würde.

Wir fordern Sie daher auf, Ihre Haltung zum Steinkohlebergbau zu revidieren und zu einer verlässlichen, planbaren Politik für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bergbaubetrieben aber auch für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zurück zu kehren.

Hochachtungsvoll

The image shows two handwritten signatures in black ink. The signature on the left is 'Cornelia Ruhkemper' and the signature on the right is 'Ludwig Ladzinski'. Both are written in a cursive, flowing style.

(Cornelia Ruhkemper)

(Ludwig Ladzinski)